

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastr. 7, Fernruf 4423, Telegr: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: Beenh. Otte, Düsseldorf, Konfordiastr. 7.
 Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstr. Nr. 63-65.
 Fernruf: 4692.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Freiheit und Gleichheit

sind nicht als tönende Phrasen, so lange nicht Mittel und Wege gefunden werden, dem Volke in seiner Gesamtheit, bis zum letzten Mann, auch die Erziehung zu schaffen, die es allein instand setzt, von den gewonnenen Rechten auch einen menschlichen Gebrauch zu machen. Pestalozzi.

Ein Wirtschaftsparlament.

Am 30. Juni d. J. trat in Berlin, im ehemaligen Herrenhause, der vorläufige Reichswirtschaftsrat zusammen. Der Zusammenritt dieser Körperschaft hat nach außen weniger Beachtung gefunden. Einmal ist dieses erklärlich durch die großen und schwerwiegenden Fragen der allgemeinen und Außenpolitik, welche jetzt in den Vordergrund treten, zum anderen durch die Tatsache, daß unser ganzes öffentliches Leben noch sehr viel von der Parteipolitik beherrscht und vom parteipolitischen Gesichtspunkt aus gewertet wird.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat soll ein Organ sein zur Behandlung von Wirtschaftsfragen. Die Mitglieder des Wirtschaftsrats haben im großen und ganzen dieselben Befugnisse, wie die Mitglieder des politischen Parlaments. In Artikel 165 der Reichsverfassung ist die Schaffung des Reichswirtschaftsrats vorgehoben. Die jetzt gebildete Körperschaft ist ein vorläufiger Reichswirtschaftsrat. Der Artikel 165 der Reichsverfassung sieht auch die Bildung von anderen Wirtschaftsorganen vor, welche heute noch nicht bestehen. So ist z. B. vorgesehen, daß Bezirksarbeiterräte, Bezirkswirtschaftsräte und ein Reichsarbeiterrat gebildet werden sollen. Wenn diese genannten Organe, an deren Aufbau der vorläufige Reichswirtschaftsrat mitzuarbeiten hat, gebildet sind, wird der vorläufige Reichswirtschaftsrat durch den endgültigen Reichswirtschaftsrat abgelöst werden.

Die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates sind nicht in freier und geheimer Wahl gewählt, sondern, abgesehen von einem geringen Teil, von den verschiedenen Interessentkörpern benannt und dann von der Regierung berufen worden. Von den 326 Mitgliedern des Reichswirtschaftsrates sind nur 12, welche der Reichsrat, und weitere 12, welche die Reichsregierung nach eigenem Ermessen ernannt hat. Soweit sich die Scheidung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durchführen läßt, ist es geschehen, so daß unter den 68 Vertretern der Landwirtschaft, 6 der Gärtnerei und Fischeret, 68 der Industrie, 44 des Handels, 34 des Verkehrs und 36 des Handwerks je zur Hälfte Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind. Die Verbraucherschafft stellt 30 Vertreter und die Beamten und freien Berufe 16. Bei diesen Gruppen ließ sich eine Trennung nach Arbeitgebern und Arbeitnehmern nur zum geringen Teil durchführen.

Von den christlichen Gewerkschaften gehören eine Anzahl Vertreter dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat an. Mit den Vertretern des Land- und Forstarbeiterverbandes, der allein 10 Mitglieder stellt, sind es ca. 25. Von unserem Verband gehört der Zentralvorstand dem Reichswirtschaftsrat an. Hinzu kommen noch die Angestellten- und Beamtengruppen, welche außer den christlichen Gewerkschaften dem Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind und eine Anzahl Vertreter entsandt haben, so daß der Deutsche Gewerkschaftsbund mit etwa 38 Mitgliedern im vorläufigen Reichswirtschaftsrat vertreten ist.

Nach Artikel 165 der Reichsverfassung hat der Reichswirtschaftsrat das Recht, sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung, bevor sie an den Reichstag und Reichsrat gehen, zu begutachten. Er kann selbst solche Gesetzesvorlagen bei der Reichsregierung beantragen. Besonders während des letzten Wahlkampfes ist von mehreren politischen Parteien die Forderung nach einer „Kammer der Arbeit“ aufgestellt worden. Dieser „Kammer der Arbeit“ sollte die Gesetzgebung auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiete übertragen werden, und ihre Zusammenfassung sollte unbeeinträchtigt von Parteipolitik sein. Der Reichswirtschaftsrat ist bereits zu einem wesent-

lichen Teil die Verwirklichung dieser Forderung nach einer „Kammer der Arbeit“. Was ihn von einem richtigen Parlament unterscheidet, ist, daß ihm die gesetzgebende Kraft fehlt und seine Tätigkeit mehr auf Begutachtung und Beeinflussung beschränkt ist. Ob später ein Ausbau des Reichswirtschaftsrats zu einem gesetzgebenden Arbeitsparlament erfolgen wird, läßt sich kaum im voraus sagen. Es wird das viel davon abhängen, ob der Reichswirtschaftsrat die Hoffnungen, welche vielfach auf ihn gesetzt werden, erfüllen wird, und ob das politische Parlament bereit sein wird, einer Verengung seiner gesetzgeberischen Basis zuzustimmen. In der Praxis würde es nicht so ganz leicht sein, eine Trennung zwischen sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen einerseits und solchen mehr allgemein politischer Art andererseits vorzunehmen. Auch würde für ein gesetzgebendes Arbeitsparlament die staatsrechtliche Form und Eingliederung noch geschaffen werden müssen. Die vorhandenen Schwierigkeiten würden sich aber zweifellos überwinden lassen, wenn sich später der Gedanke zur Schaffung oder vielmehr zur Umwandlung des Reichswirtschaftsrats in eine gesetzgebende Körperschaft noch mehr durchsetzen sollte. Einseitigen wird aber der bestehende Reichswirtschaftsrat, der ein Parlament ohne Vorbild in der Welt ist, seine Zweckmäßigkeit und Fruchtbarkeit in der Arbeit zu beweisen haben.

Die Entstehungsgeschichte der neuen Körperschaft zeigt, daß ihr Vorhandensein von vielen Seiten nicht besonders freudig begrüßt wird. Besonders wird von den Befürwortern des Wirtschaftsparlamentes hervorgehoben, daß letzteres infolge größerer Sachkunde auf wirtschaftlichem Gebiete eine Ueberlegenheit gegenüber dem politischen Parlament habe. Das ist ein Gesichtspunkt, der manches für sich hat. Es ist vielleicht von Interesse, zu erwähnen, daß bereits Bismarck in den achtziger Jahren einen Volkswirtschaftsrat für das Deutsche Reich schaffen wollte. Eine solche Einrichtung war 1880 für Preußen bereits geschaffen. Der Reichstag lehnte aber zweimal die Bewilligung von Mitteln zu Diäten und Reisegeldern für die Mitglieder des Volkswirtschaftsrates ab, womit der Plan seiner Errichtung gescheitert war. Allerdings sollte dieser Volkswirtschaftsrat keinerlei über eine Begutachtung hinausgehenden Rechte haben, und seine Zusammenziehung entzog sich dem Vorschlags- oder Mitbestimmungsrecht der Interessengruppen und -verbände. Abgesehen davon sei in diesem Zusammenhang hauptsächlich auch nur das Moment hervorgehoben, daß Bismarck an das Uebergewicht oder die Ueberlegenheit des rein sachlichen Standpunktes in volkswirtschaftlichen Fragen gegenüber der Geltendmachung des Standpunktes, der parteipolitisch beeinflusst ist, glaubte.

Tatsache ist, daß der parteipolitische und agitatorische Gesichtspunkt bei der Behandlung wirtschaftlicher Fragen viel zu sehr in den Vordergrund tritt. Wer die Anpreisungen, Versprechungen und gegenseitigen Ueberbietungen verschiedener Parteien während des Wahlkampfes auf sich hat wirken lassen, dem kann die Parteipolitik, die von der nüchternen Sachlichkeit vielfach weit entfernt ist, nicht sonderlich Sympathie abgewinnen. Der Gesichtspunkt: „Wie gewinnt die Partei am meisten dabei?“ tritt bei vielen, auch rein sachlichen Gesetzmaterien, oft unwillkürlich in den Vordergrund und beeinflusst die Stellungnahme des politischen Parlamentarier. Daraus ergeben sich denn auch die sogenannten Reden, die „zum Fenster hinaus“ gehalten werden. Von einigen Tagespressen ist der Reichswirtschaftsrat als das „Parlament der Tat“ bezeichnet worden. In der ersten Sitzung dieser Körperschaft wurde gleich betont, daß wirtschaftliche Fragen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten behandelt und gelöst werden müßten, und daß die Verhandlungen nicht in Redetourneere ausarten sollten. Die Arbeit des Reichswirtschaftsrates wurde denn auch hauptsächlich in die Ausschüsse hinein verlegt, wovon die beiden wichtigsten der wirtschaftspolitische und sozialpolitische Ausschüsse sind. Bei den Abstimmungen sind nicht — entsprechend der ganzen Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrates — Parteien ausschlaggebend, sondern die Gruppen oder die Zahl der Köpfe. Trotz und alledem wird man noch abzuwarten haben, ob es im Reichswirtschaftsrat ganz ohne „Agitationsreden“ abgehen wird.

Gegenwärtige Auseinandersetzungen werden sich auch dort nicht vermeiden lassen, denn die Interessen der in ihm vertretenen Gruppen sind nicht gleichlaufend. Die Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrates und die Art, wie er seine Arbeit anzufassen gedenkt, werden aber die Auseinandersetzungen jedenfalls auf das mehr Sachliche beschränken. Für eine erfolgreiche zukünftige Arbeit des Reichswirtschaftsrates ist vor allem auch erforderlich, daß die richtige Form des Zusammenarbeitens mit dem politischen Parlament gefunden und eine zweckdienliche Abgrenzung seiner Befugnisse zum politischen Parlament erzielt wird. Hoffen wir, daß es dem Reichswirtschaftsrat gelingt, die sachlichen Notwendigkeiten über den Partei- und Fraktionsgeist hinauszuhoben und sich als ein Mittel zu bewähren, welches zur Befundung unseres jetzt noch aus tausend Wunden blutenden Wirtschaftslebens beiträgt. B. D.

Vom Artikelschreiben für unser Verbandsorgan.

Von einem Vorstandsmitglied unserer Ortsgruppe in Wipperfurth erhalten wir eine längere Zuschrift, in der dieser Wünsche hinsichtlich des textlichen und des formellen Inhalts der aufzunehmenden Artikel zum Ausdruck bringt. Wir entnehmen der Zuschrift gerne nachfolgende Ausführungen, weil sie uns geeignet scheinen, Mißverständnisse und falsche Auffassungen, die vielleicht in einigen Ortsgruppen bestehen, beiseite zu räumen und gleichzeitig uns Gelegenheit geben, den Mitgliedern mitzuteilen, was unsere Verbandsleitung bereits unternommen hat, um zu einem erträglichen Verhältnis mit dem deutschen Textilarbeiterverband zu gelangen.

In der Einleitung seiner Zuschrift erinnert der Kollege daran, daß unser Verband parteipolitisch neutral ist und daß das Hauptbestreben unseres Verbandes dahin gehe, unsern Mitgliedern in erster Linie ein auskömmliches Dasein zu erkämpfen. Dann wendet sich der Verfasser mit folgenden bemerkenswerten Ausführungen einer Verbandsaufgabe zu, deren Lösung zu einem großen Teile der Gewerkschaftspressen zufällt. Er schreibt dazu u. a.:

„Zudem wollen wir auch Erziehungsarbeit leisten, und da muß in der heutigen politisch unruhigen Zeit gewiß recht vorsichtig gearbeitet werden, um hier ja das Richtige zu treffen. Wie mancher junge Kollege und Kollegin in der Fabrik und Werkstatt wird durch das großsprecherische Gebaren der Linksradikalen hingeworfen, und ohne daß sie es selbst eigentlich wollen, fühlen sie sich bei diesen Phrasendreschern heimlich und meinen nun, nur dort liege das Heil für ihre Zukunft. Ihre Unerfahrenheit in politischen Dingen bringt es dann mit sich, daß sie sich in einem freien Verbandsorgan organisieren. (Nicht selten aber auch der Terror der Gangradikalen. Die Schriftl.) Sie sind stolz darauf, ein U.S.P. zu sein, während ihr Innerstes doch noch lange nicht aller moralischen und sittlichen Kräfte entbehrt. Hier liegt der Schwerpunkt, wo eingegriffen werden muß. Aber bringen wir diese sogenannten Falschorganisierten nun wirklich wieder auf die richtige Bahn, wenn wir über die Sozialdemokraten schimpfen? Ich möchte hier mit einem klaren Nein antworten, denn nichts verbittert die jungen noch unerfahrenen Menschen mehr, als wenn man sie als dumme, politisch Unreife hinstellt. Mit Beleidigungen gewinnt man keinen Menschen zum Freund, sondern Achtung und Freundschaft erringt man von einem Mitmenschen, indem man ihm zeigt, daß er einen falschen Weg geht und wir es wirklich gut mit ihm meinen. Man muß ihm klar machen, daß die Versprechungen, die man ihm dort (im Lager der Linksradikalen. Die Schriftl.) macht, zwar schön, aber nicht durchführbar sind. Die Biederarbeit unseres Verbandes muß nicht allein darauf gerichtet sein, Urland in fruchtbares Land umzuwandeln, sondern verwüstetes Land wieder fruchtbar und erntebringend zu gestalten. Und das können wir nicht, wenn wir immer noch mehr Steine auf dieses verwüstete Land werfen, sondern indem wir die Steine auflesen und das Unkraut ausjäten, was sich mit der Zeit hier angehäuft hat. Hier liegt meines Erachtens die allernotwendigste Arbeit für die Zukunft. Möchte das doch mancher Artikelschreiber beherzigen.“

Dann noch ein Weiteres. Heute, wo wir nun endlich das Betriebsrätegesetz haben und doch fast überall in den einzelnen Betrieben die Betriebsratsmitglieder aus mehreren Arbeitnehmerorganisationen zusammengesetzt sind, wo dieser Betriebsrat nun zusammenarbeiten muß, wenn er etwas Ersprießliches für seine Mitarbeiter leisten

fall — genau wie es bei Tarifverhandlungen die eben so zusammengesetzten Kommissionen müssen — dann bemerkt man so manchmal, wie die Parteileute auch in diesen Körperlichkeiten nachhängen (Das liegt zumeist nur an der Unbuddsamkeit aller dabei in Frage kommenden Parteigänger. Die Schriftkita.) Wer solchen Körperlichkeiten angehört, weiß es zur Genüge, wie schwer es manchmal fällt, diese Diktäne zu befehligen, die ein allzu eifrig Parteipolitiker treibender Artikelschreiber in die Arbeiterschaft hineingebracht hat. Und wenn solche Diktäne nach außen klingen, so ist das Echo ein sehr verschiedenes. In der Arbeiterschaft hört man dann die Klage: Warum werden wir als Arbeitsbrüder gegeneinander gehetzt? Und auf der Unternehmerseite hört man die Freudentöne: Wo zwei sich zanken, gewinnt der dritte. Ich will nun allerdings nicht gesagt haben, wir wollen Geschäftsbesitzer werden, nein, im Gegenteil, wir wollen treu und fest uns zu den Grundsätzen der christlichen Organisation bekennen und sie auch bis zum äußersten unserm gegnerischen Verbände gegenüber verteidigen, wenn er versucht, sie zu beschmutzen, aber doch bei alledem zeigen, daß wir Christen sind und das Sprichwort kennen: Friede ernährt und Unfriede verzehret; sowie auch das Bibelwort: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.

Ich habe vorhin gesagt, daß ein richtiger Gewerkschaftler sein Gewerkschaftsblatt lesen soll, damit er auf dem Laufenden bleibt. Aber fragt man die Mitglieder durch, ob sie auch diesen oder jenen Artikel in der Textilarbeiterzeitung gelesen haben, so kann man versichert sein, daß 50 Prozent mit Nein antworten. (Eine höchst bedauerliche Erscheinung, worüber aber mit Recht die Schriftleitungen aller Gewerkschaftsblätter und aller Gewerkschaftsrichtungen Klage führen. Die Schriftlitz.) Forcht man nach dem Grunde, so erfährt man, daß die meisten Artikel unserer Mitglieder nicht Anreiz genug geben, eben nicht interessant sind. (Hier spielt die Frage der geistigen Kostgewohnung eine Rolle mit. Es ist ja natürlich, daß die in den letzten anderthalb Jahren gewonnenen Massen der letzten aber auch manchmal recht leichten Unterhaltungslektüre vor der ernsten und nüchternen, manchmal gewiß auch etwas zu trockenen Gewerkschaftslektüre den Vorzug geben. Die Schriftlitz.) Hier ist es Aufgabe der Schriftleitung (warum denn nicht auch aller schreibgewandten Mitglieder des Verbandes? Die Schriftlitz.), solche Artikel in Druck bringen zu lassen, die das Interesse unserer Mitglieder wecken und sie unmittelbar berühren, weniger Parteipolitik, mehr Arbeiterpolitik. (Die sachliche Kritik einer Arbeiterinteressen schädigenden Parteipolitik ist letzten Endes und in Wirklichkeit auch Arbeiterpolitik. Die Schriftlitz.)

Soll unser Fachblatt als Schrittmacher unserer Organisation gelten, so müssen wir mehr Fachartikel über unsere Textilindustrie bringen, mehr wirtschaftliche Fragen behandeln, Abhandlungen über das Betriebsrätegesetz sowie Schiedsprüche von Schlichtungsausschüssen bringen. Gerade in der jetzigen Zeit müssen unsere Kollegen und Kolleginnen nicht allein in der Versammlung, sondern auch durch unser Fachblatt über ihre Rechte und Pflichten belehrt werden.

Arbeiten wir in diesem Sinne, dann habe ich das Vertrauen, daß unsere Textilarbeiterzeitung bei unsern

Mitgliedern mehr Aufmerksamkeit bringt und nach außen hin für uns ein guter Agitator ist."

Die nicht nur gut gemeinten, sondern auch sehr beachtenswerten Ausführungen des Kollegen Koll geben uns Veranlassung zu folgenden Bemerkungen:

Wir sind parteipolitisch neutral insofern, als wir uns um die parteipolitische Zugehörigkeit unserer Mitglieder nicht kümmern und Gewerkschaftspolitik treiben, welche unabhängig von jeder Parteipolitik ist. Es scheint uns aber verfehrt, daraus zu schließen, daß wir Angriffe möglichst ruhig hinnehmen sollen. Mitglieder des "deutschen Textilarbeiterverbandes" haben durch ihren Verdrissimus derart oft und kraß gegen die Freiheit und gegen die gewerkschaftlichen Grundsätze verstoßen, daß wir dazu nicht schweigen konnten und auch im Interesse unserer Mitglieder und der gewerkschaftlichen Grundsätze nicht schweigen durften. — Des weiteren dürfen wir auch nicht verkennen, daß die materialistisch-sozialistische Weltanschauung, worauf die freien Gewerkschaften ausdrücklich setzen (in § 1 der Satzungen des deutschen Textilarbeiterverbandes wird ausdrücklich gesagt, daß der Verband auf dem Boden des Klassenkampfes steht), nun unserer Weltanschauung verschieden ist. Diese Verschiedenheit in der Weltanschauung muß naturgemäß auch ihren Niederschlag im Verbandsorgan und in der Begründung der Prinzipien der Organisation finden. Und mehr ist das der Fall, wenn die gegnerische Organisation in ihrem Vorgehen stets den Gegensatz zu uns — meistens noch in ganz verkehrter und verzerrter Weise — hervorkehrt. Daß unser Verband übrigens dringend wünscht, die gewerkschaftlichen Aufgaben ohne Gegenständlichkeiten und Nebenheiten in möglichst einmütiger Zusammenarbeit mit dem deutschen Textilarbeiterverband zu lösen, dafür ist der beste Beweis, daß der Vorstand unseres Verbandes noch in der letzten Zeit an den Vorstand des deutschen Textilarbeiterverbandes schon zweimal herangetreten ist und ihm bestimmte Vorschläge für ein Zusammen- und Nebeneinanderarbeiten der beiden Verbände unterbreitet hat. In dieser Angelegenheit liegt bis jetzt folgender Schriftwechsel vor:

O./S. Düsseldorf, 17. Mai 1920. Konfordstr. 7.

An den Vorstand des deutschen Textilarbeiterverbandes Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7.

Wertes Kollege! Zwischen dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands und dem Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter ist ein besonders einträchtiges Zusammen- und Nebeneinanderarbeiten der beiden Verbände zu erwarten. Wir fügen die Nr. 19 des "Proletarier" bei, welche den Wortlaut der Vereinbarungen enthält.

Unser Vorstand unterbreitet Ihnen hiermit den Antrag, ein gleiches Abkommen zwischen Ihrem und unserem Verbande abzuschließen. Wir glauben, daß mit einem solchen Abkommen beiden Teilen und besonders auch der gesamten Textilarbeiter-schaft gebient wäre. Ihrer gefl. Rückäußerung entgegengehend, zeichnet

Mit kollegialem Gruß! Bernhard Otte.

1 Anlage.

Das in dem Schreiben erwähnte Abkommen zwischen dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands (freie Gewerkschaft) und dem Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter hat folgenden Wortlaut:

„Entschluß. Die am 14. 4. 20 tagende gemeinsame Sitzung der Vorstandsvorleiter des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands und des Zentralverbandes christlicher Fabrik- und Transportarbeiter befaßte sich mit der Frage einer besseren reibungslosen Arbeitsgemeinschaft zwischen beiden Organisationen und kam zu folgendem Entschluß:

„Die wirksame Vertretung der Arbeiterinteressen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete verlangt ein einträchtiges Zusammenarbeiten aller Gewerkschaften, gleichviel, welcher Richtung sie angehören. Dies gilt ganz besonders bei Lohnbewegungen, Streiks, Tarifverhandlungen und deren Vorbereitung. Jedes eigenmächtige geordnete Vorgehen einer Organisation ist, sofern eine zweite Organisation dabei in Frage kommt, ein Verstoß gegen die gebotene Solidarität, ein Verstoß gegen die Interessen der Arbeiter.

Ebenso muß sich die Agitation, in Wort und Schrift, streng sachlich verhalten, soll sie nicht die Quelle bitter Streitigkeiten bilden. Vor allem hat das Bestreben von beiden Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie der Hinweis auf geringere Beiträge zu unterbleiben. Jeder Organisationsstreik ist unangebracht, für sich zu werden. Das Hineinziehen anderer Organisationen oder deren Tätigkeit hat dabei zu unterbleiben. Die Durchführung der gewerkschaftlichen Aufgaben muß die Agitation allein beherrschen. Die Durchführung dieser Aufgaben erschwert die Eintracht aller Faktoren. Wer sie stört, schädigt die Arbeiterschaft, hemmt ihren Aufstieg!“

Falls Verstöße gegen die Vereinbarungen vorkommen, ist es Sache der sich benachteiligt fühlenden Organisation, der anderen Verbandsleitung unter Angabe der genauen Daten und Einzelheiten Mitteilung zu machen. Letztere ist verpflichtet, die Angelegenheit schleunigst zu untersuchen und für die Abstellung der Klageursachen Sorge zu tragen.

Bei größeren Meinungsverschiedenheiten, die auf vorliegende Weise nicht gehoben werden können, treten die beiderseitigen Verbandsleitungen erneut zu einer Aussprache zusammen. Dieser Entschluß ist für beide obengenannte Organisationen und deren Mitglieder in vollem Umfange gültig.“

(In Nr. 19 des "Proletarier" abgedruckt.) Erst am 10. Juni teilte uns der Vorstand des deutschen Textilarbeiterverbandes ganz kurz Folgendes mit: „R./G. Berlin, den 10. Juni 1920.

An den Vorstand des Verbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands. Düsseldorf.

Wertes Genosse! Auf Ihr Schreiben vom 17. v. Mts erwidern, teilen wir mit, daß wir bis jetzt immer in dem von Ihnen gewünschten Sinne gearbeitet haben und für uns keine Veranlassung vorliegt einen Vertrag nach diesem Sinne abzuschließen resp. ein extraes Abkommen zu treffen.

Mit bestem Gruß! Für den Vorstand: Albin Reichelt."

Trotz dieses knappen und durchaus unbegründeten und ablehnenden Bescheides hat dann unser Verbandsvorstand in der besten Absicht, dennoch zu einem der gesamten Textilarbeiter-schaft dienenden Abkommen mit dem deutschen Textilarbeiterverbande zu gelangen, am 28. Juni nochmals an den Vorstand des deutschen Textilarbeiterverbandes folgenden Brief gerichtet:

Die Frau im Erwerbsleben.

Von Verbandsobegin Christine Hölzgens.

Die „Christliche Arbeiterin“ (Nr. 2 vom Nov. 1919) gibt eine hochinteressante Zusammenstellung, die folgendermaßen lautet: Die Bevölkerungsziffer ist durch den Krieg, seine Begleit- und Folgeerscheinungen um rund 15 Millionen gesunken; dabei ist der Verlust an heiratsfähigen Männern besonders groß. War das Verhältnis von Männern zu Frauen im heiratsfähigen Alter vor dem Kriege 1000:1000, so ist es gegenwärtig 1000:1159. Wenn somit ziffernmäßig jede siebente Frau ehelos bleiben muß, so bedeutet das im günstigsten Falle für unser Vaterland 3 bis 3 1/2 Millionen selbständiger Frauenexistenzen. Diese müssen berufliche Sicherheit und menschenwürdiges Unterkommen im deutschen Wirtschaftsleben finden, wenn sie nicht der Frauenwelt zur Schande, der Männerwelt zum Verhängnis und dem gesamten Volke zur Gefahr werden sollen.“

Wahre Worte zur rechten Zeit gesprochen. Wir wissen ja selbst, wie ernst es mit der Behauptung ist und wie wichtig es ist für die berufliche Sicherheit und menschenwürdiges Unterkommen im deutschen Wirtschaftsleben. Sorge zu tragen. Wir fühlen es ja tagtäglich selbst, wie der Kampf um die Existenz unser Leben beherrscht, und wie wir diese Schattens nicht bannen können, solange nicht auch tatsächlich eine völlige Gleichwertung der Frau im Erwerbsleben Platz greift. Die christlichen Gewerkschaften haben die Gleichwertung schon immer als notwendig erachtet und von ihrer das Prinzip vertreten: „Für gleiche Arbeit gleichen Lohn“. Und es ist billig und recht. Aber das Kapital und mit ihm die Schichten der mit Glücksgütern besser Begünsteten, sehen es anders. Dies war ja auch letzten Endes der eigentliche Grund, weshalb man Arbeiterinnen in die Betriebe nahm, sie waren billigere und willigere Arbeitskräfte.“ Die Zeit muß nun endgültig vorbei sein. Wir tragen den gleichen Anteil im Staatsleben, wir stellen unsere ganze Kraft in den Dienst der Allgemeinheit, wir haben die gleichen Rechte und Pflichten und zu betätigen und — wir sind heute, genau wie jeder andere Mensch, gezwungen, uns eine sichere Existenz zu schaffen. Die

Gründe sind ausschlaggebend und darum soll heute mehr denn je gefordert werden

„Für gleiche Arbeit gleichen Lohn“.

In Nr. 41 des „Tag“ schreibt Käthe Miethe auch über das Problem und sagt: „Aus allen Gegenden Europas kommen Berichte aus der Frauenbewegung über den Kampf um das Prinzip. Was eigentlich eine Selbstverständlichkeit geworden sein sollte, jetzt, da die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frauen ihren Siegeszug durch alle Kulturländer angetreten hat, wird durch Winkelzüge einzelner Behörden und Kommissionen immer von neuem zum Gegenstand der Diskussion gemacht, und man streitet auch in Deutschland im kleinen noch um die Frage, die eigentlich in übergeordneten, umfassenderen Bestimmungen längst ihre Regelung gefunden haben sollte. In Dänemark haben sowohl Reichstag als auch Kommunalverwaltung von Kopenhagen unter Zustimmung aller Parteien den Grundatz gleichen Lohns für gleiche Leistung angenommen. Auf dieses Vorbild stützen sich die schwedischen Frauen, die jetzt den Lohnkampf mit erneuter Intensität aufgenommen haben. In England sind es vor allem die Lehrerinnen, die für ihr Recht gleicher Bezahlung bei gleicher Arbeitsleistung eintreten. Dort wurde kürzlich in einer großen Versammlung im Women's Institute in London der Vorschlag gemacht, daß bei durchgeführter gleicher Bezahlung allen verheirateten Lehrkräften aus einem Fonds, den Angestellte und Staat gemeinsam zu unterhalten haben, die erforderlichen Zuschüsse gegeben werden sollten. Die englischen Frauen weisen vor allem darauf hin, daß durch den Krieg eine große Zahl neuer Armer geschaffen worden ist, die sich hauptsächlich aus Kriegswitwen und unterverheirateten Frauen zusammensetzt, die durch die Verhältnisse gezwungen werden, allein für ihren Lebensunterhalt aufzukommen, und daß diese Frauen wohl Anspruch auf gleichen Lohn wie die Männer hätten. Angesichts der ungeheuerlich zugenommenen Verhältnisse, die im Wirtschaftsleben Deutschlands herrschen, ist es doch eigentlich unverständlich, daß man gerade in den gebildeten Ständen, vor allem in Beamtenkreisen, in denen die Gehälter bestenfalls zur Deckung des notwendigen Lebensbedarfes ausreichen, den arbeitenden Frauen an vielen Behörden nicht die gleichen Gehaltsätze gewähren will wie Männern in gleicher Stellung. Als Begründung wird vor allem in das Feld geführt, daß den Frauen im all-

gemeinen keine Familienverpflichtungen obliegen ohne Berücksichtigung der Tatfrage, die nämlich entkräftend ist, daß ja das Grundgehalt der männlichen Beamten keinen Unterschied nach der persönlichen Lage des betreffenden Beamten erfährt, sondern daß die Verpflegungspflichten für Frau und Kinder vielfach in einer besonderen Zulage berücksichtigt werden.“ Wir sehen, wie sich der Lohnkampf in ganz anderen Formen abspielt — insolge der veränderten Wirtschaftslage. Wir sehen aber auch, wie man langsam nicht mehr „willige und billige Arbeitskraft“ sein will und sein kann. Die Frauen sind in den harten Kriegsjahren mit oder ohne Willen, selbständig geworden, sie sind ausgerüttelt worden und — wach geworden. Heute, wo der Existenzkampf erbitterter denn je geführt wird, und die Frau ihn mitmachen muß, weiß sie sich auch zu behaupten. Sie hat gelernt.

Mit der Forderung unsererseits dürfen wir jedoch nicht zufrieden sein. Der Forderung muß, soll sie berechtigt sein,

gleiche Leistung gegenüberstehen. Das sollte allerdings eine Selbstverständlichkeit sein. Aber der Satz scheint sich für manche nicht auf diese Erweiterung ausgebeugt zu haben. (Ich spreche im allgemeinen Sinne für alle arbeitenden Frauen.) Wir müssen ihn jedoch so zu unserem Prinzip machen, wenn wir das Forderungrecht behalten wollen. Da denke ich allerdings (und das müssen wir mit beachten) auch daran, daß unsere erwerbstätigen Mädchen und Frauen gar nicht die Auffassung hatten, bei Eintritt in die Lehrezeit, in die Fabrik, in den Haushalt, die Arbeit nun als Verursacherin aufzufassen, die Arbeit daraufhin auch nur anzusehen, sondern „diese Jahre, die sie im Erwerbsleben zubrachten, nur als Uebergangszeit betrachteten, sich mehr oder weniger alle sagten: ich heirate ja doch. Abgesehen vom Dienst im Haushalt war ja diese Zeit allerdings eine schlechte Vorbereitungszeit für den eigentlichen Beruf, wenn sich auch alle erdenkliche Mühe gegeben wurde und auch der beste Wille vorhanden war in Haushaltstufen (Stoch-, Näh-, Wägelstriebe u.) die nötigen Berufskenntnisse anzueignen. Und manche ist auch trotz ihrer beschränkten Freizeit (es war noch kein Achtstundentag) eben durch eine tüchtige Vorbereitung, eine gute Hausfrau und Mutter geworden.“

(Fortsetzung folgt.)

„Einschreiben.“

O/S. Düsseldorf, den 28. 6. 1920. Kontordir. 7.

An den Vorstand des deutschen Textilarbeiterverbandes

Berlin O 27, Magazinstr. 5/6.

Werte Kollegen!

Am 17. Mai d. J. haben wir an Euch ein Schreiben gerichtet mit der Bitte, ein gleiches Abkommen, wie es zwischen den Fabrik- und Transportarbeiterverbänden beider Richtungen abgeschlossen worden ist, zwischen Euren und unserem Verbande zu tätigen.

Der Vorstand Eures Verbandes hat darauf am 10. Juni d. J. geantwortet, daß der deutsche Textilarbeiterverband bis jetzt immer in dem von uns gewünschten Sinne gearbeitet habe und für ihn deswegen keine Veranlassung vorliege, einen solchen Vertrag abzuschließen.

Wir unsererseits bedauern diese Stellungnahme Eures Verbandes sehr und können uns nicht zu der Ansicht bekennen, daß bisher schon immer im Sinne des von uns gewünschten Abkommens gearbeitet worden ist. Wäre das tatsächlich der Fall, dann wären die vielen Fälle von Verletzung der Koalitionsfreiheit, u. a. auch noch Fälle in letzter Zeit, wo versucht wurde, Mitglieder unseres Verbandes zum Uebertritt zu zwingen, gar nicht vorgekommen.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit an die Verhandlungen in der letzten Sitzung des Sozialausschusses am 12. Juni d. J. erinnern. Der Punkt „Wahrung der Koalitionsfreiheit“ wurde von der Tagesordnung abgesetzt, weil die Vertreter der Arbeitnehmer „eine baldige Behebung der in letzter Zeit wiederholt aufgetretenen Streikfälle“ in Aussicht stellten.

Das wirksamste Mittel, um in Zukunft solche Fälle zu vermeiden, würde nach unserer Ansicht die Tätigung des von uns bereits gewünschten Abkommens sein. Falls aber der Vorstand Eures Verbandes auch jetzt noch diese Meinung nicht teilt, bitten wir dringend, daß speziell auch mit Rücksicht auf die dem Sozialausschuss in Aussicht gestellte evtl. Verständigung wenigstens

die Zentralvorstände die bestimmte Erklärung geben, daß sie die Versuche ihrer Mitglieder gegen die Koalitionsfreiheit mitbilligen und mit aller Entschiedenheit darauf hinwirken wollen, daß die Koalitionsfreiheit in Zukunft gewahrt bleibt.

Die Gewerkschaften können, wenn sie ihre Tradition und ihre Ziele nicht verleugnen wollen, u. E. gar nicht anders, als den Mißbrauch der Koalitionsfreiheit durch ihre Mitglieder verurteilen und zwar genau so, wie sie früher den Mißbrauch durch Arbeitgeber verurteilt haben. Auch dürfte es als eine Selbstverständlichkeit angesehen werden, daß Organisationen, welche es billigen, daß ihnen Mitglieder auf dem Wege der Macht und des Machtmißbrauchs zugesührt werden, sich in Wegensatz legen zu der demokratischen und freiheitlichen Auffassung, wonach jede Organisation auf Grund ihrer Ideen die Anhänger gewinnen soll.

Wir halten deswegen die beiderseitige Abgabe der von uns oben angeregten Erklärung für das Wenigste was angesichts der verschiedensten Vorläufe gesehen muß und würden es begrüßen, wenn Sie in diesem Punkte mit uns einig gingen. Um baldmöglichste Beantwortung unseres Schreibens und Stellungnahme zu unserem Vorschlage bitten wir sehr.

Mit kollegialem Gruße!

Der Vorstand des Zentralverbandes christl. Textilarbeiter Deutschlands. J. A. Bernh. Dtte.

Von der Leitung des deutschen Textilarbeiterverbandes ging darauf folgendes Antwortschreiben ein:

R/G. Berlin, den 8. Juli 1920.

An den Vorstand des Verbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands. Düsseldorf.

Werte Genossen!

Ihr Schreiben vom 28. v. Mts. hat unsere gestern Abend stattgefundene Vorstandssitzung beschäftigt und gelangte diese zu folgender Beschlusfassung: Der Vorstand des deutschen Textilarbeiterverbandes lehnt es ab, irgend eine Vereinbarung mit der vom Vorstand des Verbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands aufgeworfenen Frage bezgl. Territoriums (Wahrung der Koalitionsfreiheit) abzugeben. Erklärung einzugehen. Er lehnt es ab, besonders im Hinblick auf eine Reihe gegen unsere Mitglieder schwebenden Prozesse.

Mit gewissenhaftem Gruß! Für den Vorstand: Albin Reichelt.

Nach dieser vollständigen Veröffentlichung des gesamten Schriftwechsels mit dem Vorstand des deutschen Textilarbeiterverbandes können wir uns wohl jede weitere Besprechung dieser Angelegenheit in der vorliegenden Nummer unseres Verbandsorgans sparen. Unsere Mitglieder können aber daraus anscheinend erkennen, daß von Seiten der Leitung unseres Verbandes nichts untersucht gelassen wurde, ein auf gegenseitiger Achtung und Anerkennung beruhendes Verhältnis der beiden Organisationen zueinander herbeizuführen.

Der Streik in der Norddeutschen Wollkammerei und Rammarnspinnerei in Delmenhorst.

Die gesamte Belegschaft der Norddeutschen Wollkammerei und Rammarnspinnerei bestand sich in der Zeit vom 1. Juni bis 28. Juni wegen abgelehnter Lohnforderungen im Streik. Von den etwa 2000 Beschäftigten gehören über 100 unserem Verbands als Mitglieder an.

Der Streik zeigte verschiedene charakteristische Merkmale, die verdienen einer besonderen Kritik unterzogen zu werden.

Die Arbeiterschaft des Betriebes, deren Lohn nicht anscheinend war (der Zeitlohn für einen über 20 Jahre

alten Vollarbeiter betrug 4,05 M.), hatte eine Lohnforderung gestellt. Sie glaubte bestimmt, auf eine Lohnherhöhung rechnen zu können, namentlich weil das Werk finanziell außerordentlich günstig stand. Hatte man doch erst in den allerletzten Wochen den Aktionären auf je 1000 M. Aktienkapital an Genußscheinen und Dividenden 820 M. ausbezahlt. Insgesamt waren an Dividenden, Tantiemen usw. über 16 Millionen M. ausgezahlt worden.

Die von einer freundigen Hoffnung besetzte Arbeiterschaft hatte jedoch die Rechnung ohne den Delmenhorster Arbeitgeberverband gemacht. Derselbe hatte kurz vorher den Beschluß gefaßt, daß der Spitzenlohn für gelernte Arbeiter 4,50 M. pro Stunde nicht überschritten werden dürfte. Da nun verschiedene Handwerker der Wollkammerei diesen Lohn erreichten, deshalb sollte die gesamte Belegschaft des Werkes keine Lohnherhöhung haben.

Als nun in einer Verhandlung mit dem Betriebsrat des Betriebes und den Gewerkschaftsvertretern der Syndikus des Delmenhorster Arbeitgeberverbandes, Herr Dr. Baand, unverständlicher Weise die Ablehnung einer jeglichen Lohnherhöhung in einer kalt lächelnden, die Arbeitervertreter direkt verletzenden Art und Weise begründete, da kamte, nachdem die Betriebsratsmitglieder ihren Auftraggebern Bericht erstattet hatten, die Erregung der Arbeiterschaft keine Grenzen. Man beschloß ohne weitere Formalitäten sofort in den Streik zu treten.

Vier Wochen dauerte der Streik. In einer Verhandlung zwischen der Streikleitung und der Direktion, bei der letztere verschiedentlich Entgegenkommen zeigte, konnte eine Einigung erzielt werden, worauf die Arbeiterschaft am Montag, den 28. Juni, geschlossen die Arbeit wieder aufnahm.

Vollständig verjagt haben bei dem Streik sowohl die Vermittlungsstellen der Reichsarbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie wie auch der gezielte Schlichtungsausschuss.

Zunächst war die Schlichtungsstelle der Unterguppe Bremen der Reichsarbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie angegangen worden. Da die Arbeitgebervertreter eine Lohnherhöhung nicht zugefassen wollten, die Arbeitervertreter aber auf eine solche bestanden, kam ein Schiedsspruch nicht zustande.

Daraufhin befaßte sich der Sozialausschuss der Reichsarbeitsgemeinschaft mit der Angelegenheit. Er setzte eine Kommission ein, der von Arbeitgeberseite die Herren Johannes Becker-Greven, Dr. van Dalen-Alhaus und Klumpers-Rheine, von Arbeiterseite Camps-Münster, Hübsch-Berlin und Lange-Hamburg angehörten. Auch diese Kommission konnte keinerlei Ergebnis zeitigen. Obwohl man den westfälischen Fabrikanten vorrechnen konnte, daß z. B. ein Spinner in Westfalen, wenn er drei Kinder hat, pro Tag 11 M. mehr verdient, wie ein in denselben Verhältnissen lebender Spinner in Delmenhorst, und obwohl sich diese Herren über die günstige Finanzlage des Delmenhorster Werkes vollkommen klar waren, wollten sie sich nicht dazu bewegen lassen, einer Lohnherhöhung für Delmenhorst zuzustimmen.

Wir müssen offen gestehen, durch solch engherziges Verhalten, wie es die Arbeitgebervertreter im Falle Delmenhorst an den Tag legten, verliert die Arbeitsgemeinschaft in den Augen der Arbeiterschaft wesentlich an Wert. Hier hat offenbar der gute Wille zur Verständigung gefehlt.

Der Schlichtungsausschuss Oldenburg, der sich nummehr der Sache annahm, konnte ebenfalls nicht zu einem Schiedsspruch kommen.

Da die im Schlichtungsausschuss vertretenen Arbeitgeber gleichzeitig Mitglieder des Oldenburger Arbeitgeberverbandes sind und stillschweigend den Beschluß dieses Verbandes, über Spitzenlöhne von 4,50 M. nicht hinauszugehen, durchzuführen wollten, lehnten die Arbeitnehmer beifällig es ab, mit diesen Herren, die zweifellos besangen und in ihren Entschlüssen unfrei waren, einen Schiedsspruch zu fällen. Also auch hier nur ein negatives Resultat.

Bei dem Delmenhorster Streik haben sämtliche Schlichtungsinstanzen glatt verjagt. Wäre nicht zwischen der Betriebsleitung, die den Streik gründlich satt hatte, und der Streikleitung eine Einigung erfolgt, der Streik hätte noch wochenlang weiter laufen können.

Will die Reichsarbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie die Hoffnungen erfüllen, die man in vernünftig und richtig denkenden Arbeiterkreisen auf sie gesetzt, dann wird sie für die Folge das Schlichtungswesen besser ausbauen und bei vorkommenden Differenzen sich ernstlicher um eine Einigung bemühen müssen. Anhänger der Idee der Arbeitsgemeinschaft kann ganz selbstverständlich unser Verband nur solange sein, als er die Ueberzeugung besitzt, daß die Arbeitsgemeinschaft in loyaler Weise bemüht ist, den Interessen beider Teile in der Arbeitsgemeinschaft gerecht zu werden.

Neuregelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn.

Der zehnprozentige Steuerabzug hat in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten lebhaften Widerspruch ausgelöst, weil er auf die sehr verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnisse der Steuerzahler keine Rücksicht genommen hat. Dieser Mangel wird durch die Verbesserung des Gesetzes beseitigt, die der Reichstag gestern beschlossen hat. Der § 45 des Einkommensteuergesetzes erhält als Ergänzung die §§ 45a, b, c, die wie folgt lauten:

§ 45a.

Bei den ständig beschäftigten Arbeitnehmern, deren Erwerbstätigkeit durch das Dienstverhältnis vollständig oder hauptsächlich in Anspruch genommen wird, hat der Abzug gemäß § 45

- a) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Tagen für 5 M. täglich, b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Wochen für 30 M. wöchentlich.

e) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Monaten für 125 M. monatlich zu unterbleiben.

Der abzugsfreie Betrag erhöht sich für jede zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Person im Sinne des § 20 Abs. 2

- in dem Falle des Abs. 1, a um 1,50 M., in dem Falle des Abs. 1, b um 10,— M., in dem Falle des Abs. 1, c um 40,— M.

Ob und inwiefern die Vorschriften der Absätze 1, 2 in einzelnen Fällen anzuwenden sind, ist von dem Arbeitgeber festzustellen. Auf Antrag des Arbeitnehmers ist in Betrieben in denen ein Betriebsrat besteht, der Betriebsausschuß oder der Betriebsobmann gutachtlich zu hören. Auf Verlangen eines Beteiligten entscheidet das Finanzamt endgültig. Ist die Entscheidung des Finanzamtes nicht binnen einer Woche nach dem Zahlungstage angerufen, so ist der Abzug in vollem Umfange des § 45 vorzunehmen.

§ 45b

Arbeitnehmer, die nicht unter § 45a fallen, können bei dem Finanzamt die Ausstellung einer Bescheinigung über den Hundertsatz des Arbeitslohnes verlangen, der von jedem Arbeitgeber bei der Lohnzahlung in Abzug zu bringen ist. Das Finanzamt hat den Hundertsatz nach dem mit dem Arbeitnehmer im Jahre 1919 bezugs des Einkommens zu ermitteln. Wird eine solche Bescheinigung nicht vorgelegt, so hat der Arbeitgeber 10 vom Hundert des Arbeitslohnes in Abzug zu bringen.

§ 45c

Uebersteigt der Arbeitslohn auf das Jahr umgerechnet und unter Berücksichtigung des § 45a den Betrag von 15000 M., so gilt für den einzuhaltenden Betrag nachstehender Tarif:

Table with 2 columns: Lohnbetrag (von 15000 bis 30000 M., mehr als 30000 bis 50000 M., etc.) and Hundertsatz (15 v. H., 20 v. H., 25 v. H., 30 v. H., 35 v. H., 40 v. H., 45 v. H., 50 v. H., 55 v. H.).

Artikel 2.

Dieses Gesetz tritt am 1. August 1920 in Kraft. Die bis zum 1. August 1920 auf Grund der §§ 45 bis 52 des Einkommensteuergesetzes einbehaltenden Beträge werden auf die nach diesem Gesetze einzubehaltenden Beträge angerechnet.

Artikel 3.

Der Reichsminister der Finanzen erläßt die näheren Bestimmungen zur Ausführung dieses Gesetzes.

Allgemeine Rundschau.

Eine christliche Internationale für das graphische Gewerbe.

Vertreter der auf christlich-nationalem Boden stehenden graphischen Berufsverbände aus Deutschland, Holland, Belgien, Oesterreich und der Schweiz kamen am 23. Juni in Berlin zu einer Konferenz zusammen und gründeten eine Internationale Vereinigung mit dem Sitz in Amsterdam (Holland). Diese neue Vereinigung, als deren erster Vorsitzender Kollege Thranert (Berlin) gewählt wurde, sieht neben der Erstrebung besserer wirtschaftlicher Verhältnisse auf dem Boden der gesetzmäßigen Ordnung ihre vornehmste Ziel darin, den Gedanken der christlichen Gewerkschaften auch in den Ländern zu propagieren, wo bis heute noch keine Ansätze vorhanden sind. Aus Deutschland gehören dieser internationalen Vereinigung an der Gutenbergsbund, die christlich-nationale Buchdruckerorganisation, und der Graphische Zentralverband, die Organisation für Buchbinder, Lithographen, Stein-drucker, Buchdruckereihilfsarbeiter und -arbeitenden.

Aus unserer Industrie.

Die Baumwollindustrie auf dem Kontinent.

Die Firma M. G. Hagedorn, Mitglied der New Yorker Baumwollbörse, gibt in ihrem Bericht eine sehr bemerkenswerte Uebersicht über die kontinentalen Baumwollindustrien und deren Baumwollbedarf.

Durch den Verfall USA-Lothcingens verliert Deutschland etwa ein Sechstel seiner Baumwollindustrie. Trotzdem besitzt es noch nach England und den Vereinigten Staaten die größte Anzahl von Spindeln und Webstühlen. Es verbleiben noch in Deutschland:

- 124 Baumwollspinnereien und Webereien, 167 Baumwollspinnereien, 932 518 Spindeln, 690 Baumwollwebereien, 240 745 mechanische Webstühle.

Deutscher Baumwollkonsum vor dem Kriege: 1,8 Millionen Ballen, davon 80 Prozent aus Amerika. Von dem Gesamtverbrauch entfielen 205 000 Ballen auf das Elsaß.

Die deutsche Baumwollindustrie ist heute zu 25 bis 30 Prozent des Normalen beschäftigt, die allgemeine Textilindustrie zu 30 bis 40 Prozent.

Seit Aufhebung der Blockade bis Anfang Februar 1920 wurden über Bremen nach Deutschland 196 700 Ballen importiert gegen 1460000 Ballen in derselben Periode von 1913.

Sichtbarer Vorrat am 31. Dezember 1919: 61500 Ballen gegen 774000 Ballen Ende 1913.

Hauptschwierigkeiten: Kohlenbeschaffung und Finanzierung des Rohmaterials.

Die Stellung Frankreichs als Baumwollfabrikant hat sich gegen die Vorkriegszeit bedeutend vermindert. Es besitz heute einschließlich Elfas:

9 291 450 Baumwollspindeln, 158 268 mechanische Webstühle.

Frankreich hat einschließlich Elfas einen jährlichen Baumwollbedarf von 1 325 000 Ballen.

Anzahl der Spindeln in Rußland und Polen vor dem Kriege 8 000 000, Oesterreich vor dem Kriege 5 000 000, Italien vor dem Kriege 5 000 000.

Es dürften sich also etwa 36 Millionen Spindeln in der ehemaligen Kriegszone befinden haben. Sicherlich wären für die nächsten Monate mindestens 2 500 000 Ballen amerikanischer Baumwolle nötig, um die Baumwollindustrie dieser Länder voll zu beschäftigen. Was Frankreich betrifft, so hat es seit Anfang August 1919 bis Mitte März 1920 fast 500 000 Ballen amerikanischer Baumwolle importiert.

Aus unserer Bewegung.

Rheinpfalz (Bezirk Aachen).

Eine Konferenz fand am 20. Juni in Kaiserslautern für die pfälzischen Ortsgruppen statt. Es war eine Freude, den gewerkschaftlichen Geist und die Begeisterung der Delegierten für unsere Sache zu sehen. Kollege Schäfer-Sambrecht freiste in seinem einständigen Referat die Gesamtlage in der Pfalz, gab uns ein Bild über die vielen Lohnbewegungen, sowie auch über die erfreuliche Entwicklung unseres Verbandes. Aus den Berichten der Delegierten ging hervor, daß unser Verband trotz der vielen Hemmnisse langsam aber sicher sich in die Höhe ringt. Klagen wurden geführt über den Terror, den man auf der Lampertsmühle gegen Mitglieder unseres Verbandes angewandt. Gegen derartige Fälle muß Front gemacht und der Staatsanwalt in Kenntnis gesetzt werden. Es ist sehr bedauerlich und nicht scharf genug zu brandmarken, daß man versucht, Arbeiter in eine Organisation zu zwingen, die nicht ihrer Überzeugung ist. Gegen solch eine Freiheit, die die Gewinnsucht, Innehalt, gegen solch einen Fortschritt, den verdammt Vehllichkeit mit dem Faustrecht hat, muß der Kampf geführt werden. Die Delegierten gelobten, auch ferner für unsern Verband ihre ganze Kraft einzusetzen, mutig und offen für ihre Ideale zu wirken und für die geistige und materielle Hebung des Arbeiterstandes einzutreten.

Unser Bezirksleiter, Kollege Weber-Aachen hatte sein Erscheinen zugesagt, konnte jedoch infolge des plötzlichen Generalstreiks uns nicht erreichen. Es wurde dies sehr bedauert, doch hoffen wir im Spätjahr unsern I. Weber auf der Konferenz begrüßen zu können.

Mögen die Delegierten die Begeisterung mit in ihre Heimat nehmen, dort den Funken hineinwerfen und entzünden, mögen sie mit Eifer und Liebe unter ihren Arbeitskolleginnen und Kollegen wie bisher weiter aufklären, dann brauchen wir um die Zukunft nicht bange zu sein. — Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Aus dem Sekretariatsbezirk Zittau.

Am 13. Juni tagte eine aus der gesamten Oberlausitz zahlreich besetzte Betriebsrätekonferenz. Zu Beginn derselben wurde ein Komitee gewählt, bestehend aus einem Vorsitzenden, Kollegen Drepte aus Schirgiswalde, einem Schriftführer, Kollegen Goldberg, Zittau und drei Beisitzern.

Als erster Redner referierte Bezirksleiter Kollege Pider-Ehemnis über: "Die Aufgaben der Betriebsräte". An der Hand der Gesetzesparagrafen erläuterte er in ausführlichster und äußerst lehrreicher Weise, welche hohe Aufgaben und Pflichten die Betriebsräte innehaben. Der überaus reiche Beifall gab zu erkennen, in welchem Geiste der zündende Vortrag die Anwesenden gefaßt hatte. Sodann sprach Kollege Fahrreuth aus Düsseldorf über: "Betriebsräte und Gewerkschaften". Redner legte klar, wie sich in Zukunft der Aufbau unserer gesamten Käteorganisation bis zum Reichsarbeitsrat vollziehen wird. In geradezu meisterhafter Weise führte er den anwesenden Betriebsräte die Notwendigkeit des inangigen Zusammenarbeitens der Betriebsräte mit den Gewerkschaften vor Augen. Auch hier befandete der rauchende Beifall, daß der Referent den Anwesenden aus dem innersten Herzen gesprochen hatte. Geradezu treffend beleuchtete Kollege Vogt-Dresden dann noch einige allgemeine Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes. Hierauf schlug er den Versammelten folgende Resolution vor, welche einstimmig zur Annahme gelangte:

- 1. Die aus der gesamten Oberlausitzer Textilindustrie zahlreich besetzte Betriebsrätekonferenz des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter erhebt angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit die dringende Forderung auf eine schnelle zeitgemäße Ausgestaltung der öffentlichen Erwerbslosen-Fürsorge. Ihr Ausbau hat insbesondere in der Richtung zu erfolgen, daß 1. die zu erhebenden Unterstützungssätze den aus der Preisbildung für den gesamten Lebensbedarf sich ergebenden Bedürfnissen entsprechen; 2. die durch Zugrundelegung des Familiereinkommens gegenwärtig vielfach beobachteten Härten beseitigt werden; 3. eine Gleichstellung von männlichen und weiblichen Haushaltsoberhäuptern und die Wiedererziehung der Jugendlichen im Alter von 14-16 Jahren in den Arzen der Unterstützungsberechtigten erfolgt; 4. der Bezug der Unterstützung für Erwerbsbeschränkte (Kurzarbeiter) in größerem Umfang und unter günstigeren Bedingungen ermöglicht wird wie bisher; im allgemeinen für alle Erwerbslosen Tage-Unterstützung gewährt werden. Kollege Drepte ermahnte im Schlußwort dringend, das Gehörte nach jeder Richtung hin zu beherzigen und sprach den Wunsch aus, daß wir bei einer weiteren Zusammenkunft auf eine recht regenreiche Arbeit der Betriebsräte zurückblicken können.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Brünnlingen. Am 23. Juni fand in der Bahnhofsrestauration eine öffentliche Versammlung statt. Verbandssekretär, Kollege Mayer, berichtete zuerst über die Verhandlungen in Freiburg, welche soweit gut verliefen sind, da für die Arbeiter wieder eine Lohnhöhung erzielt wurde. Kollege Kraft aus dem Altal war zugegen. Er schilderte den An-

wiesenden zuerst die Lage der Textilarbeiter. Zugleich richtete derselbe einen kräftigen Appell an die Arbeiterinnen, treu und eifrig zu wirken für den christlichen Textilverband.

Giesenfirchen. Es ist nichts so dummes, es findet doch sein Publikum. Der "Textilarbeiter", das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, bringt in Nr. 25 vom 18. Juni einen Bericht über M. Gladbach-Giesenfirchen. Stil und Inhalt des Geschreibels verraten, daß man alles zusammengesucht hat, was zu finden war, um nun der Welt zu verkünden, wie rückständig man noch im christlichen Lager ist, und wie es doch eine große Wohltat für die Arbeiter von Giesenfirchen wäre, wenn sie es doch endlich verstehen möchten, an der Gehirnerkennung der Mitglieder im sozialdemokratischen Textilarbeiterverband mit utopistisch-sozialistischen Zukunftsträumen von Zukunftsfahrt, Stillerverbrüderung, Maiseier und ähnlichen Freuden teilzunehmen.

Um dem Geschreibsel die richtige Weiße zu geben, darf natürlich auch ein Seitenhieb auf die Diener der Kirche nicht fehlen, um diese bei der Arbeiterschaft verächtlich zu machen. Der Artikelschreiber hätte sich die angewandte Mühe ersparen können. Die Arbeiter von Giesenfirchen haben nicht auf den sozialdemokratischen Textilarbeiterverband gewartet, um ihre Interessen zu vertreten. Sie wissen genau, daß der christliche Textilarbeiterverband ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten intensiv und gründlich vertreten hat, ehe noch der sozialdemokratische Verband es verstand, sich wirklich um die Lage der Arbeiter zu kümmern und auf Abhilfe zu drängen. So unser Verband, insbesondere bei Lohnregelungen, mit dem sozialdemokratischen Verband gemeinsam vorgeht, hindert unsere Mitglieder nicht, zu erkennen, was sie in anderer Beziehung von diesem Verbande in kultureller, wirtschaftlicher und staatlicher Beziehung trennt.

Bei dem Kapp-Putsch haben wir mit demonstriert, um zu betonen, daß wir fest entschlossen sind, jedes gesetzwidrige Vorgehen und jede gewalttätige Verdrängung der Reichsverfassung zu verhindern.

Die Maiseier hat gezeigt, daß die christlichen Gewerkschaften Disziplin zu halten in den schwierigsten Situationen gewillt sind. Die Mitglieder des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, und zwar hauptsächlich die größten Schreier, sind am 1. Mai zusammengekommen wie ein Laubhalm. Erst konnten sie sich nicht genug räuhnen wegen ihrer Ueberzeugungstreue und forderten alle auf, am 1. Mai nicht zu arbeiten. Als aber die Sache schief ging und die christlichen Gewerkschaften erklärten: "Der 1. Mai ist kein Feiertag, da sind auch die roten Strategen am 1. Mai an die Arbeit getreten und haben sozialdemokratische Disziplin und Ueberzeugungstreue am Fabrikator freies lassen, um sie bei einer anderen Gelegenheit wieder hervorzuholen."

Tatsache ist, daß hunderte im sozialdemokratischen Textilarbeiterverband organisierte Kollegen und Kolleginnen froh waren, daß der Beschluß von Seiten der christlichen Gewerkschaften gefaßt worden war: "am 1. Mai wird gearbeitet" und dadurch in die Lage versetzt wurden, am 1. Mai arbeiten zu können.

Der Artikelschreiber faßt weiter von der Idee des großen Einheitsverbandes, vergißt aber dabei, daß gerade jetzt in der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung die größten Zersplitterungen stattfinden und Hunderttausende sich der freien Arbeiterunion anschließen. Eine Folge der unseligen Parteipolitik, die in den sogenannten freien Gewerkschaften betrieben wird.

Daß es dem Schreiber schlecht gefällt, daß die christlichen Gewerkschaften in Giesenfirchen so gewaltige Fortschritte machen und über 1500 Mitglieder zu verzeichnen haben kann man verstehen, wenn man weiß, daß es dem Kollegen Bretschneider trotz aller Bemühungen nicht möglich war, mehr wie 30-40 Leute zu seiner imposanten Versammlung zusammenzubringen.

Da Partei und Gewerkschaften eins sind und eins bleiben müssen, mußte auch die christlich-sozialistische und Gott verkündende Stellung der sozialdemokratischen materialistischen Weltanschauung in den freien Gewerkschaften zum Durchbruch kommen. Als Klassenkämpfer waren sie gegen alle Autoritäten, gegen die irdischen und gegen die himmlischen. Diese Stellung der freien Gewerkschaften zieht sich wie ein roter Faden durch die Presse und die Reden der Führer hindurch. Dies war auch der tiefere Grund, warum die christlichen Arbeiter eine eigene Organisation gründeten. So lange die sozialdemokratischen Gewerkschaften sich nicht frei machen können von den utopistischen Zielen der Sozialdemokratie, so lange kann von einer einheitlichen Organisation nicht die Rede sein. Auch möchten wir dem Referenten noch nahe legen, dafür zu sorgen, daß von seinen Gesinnungsgenossen nicht noch mehr Gewerkschaften gegründet werden, wie neuerdings die Freie Arbeiterunion, die doch ein Schmarbentum innerhalb der Gewerkschaftsbewegung bedeutet und die Schwungkraft der Arbeiterbewegung nicht nur lähmt, sondern auch schließlich die Aktionen der mächtigen sozialdemokratischen Gewerkschaften zu unterbinden auf dem besten Wege ist.

Die Phrasen vom Totenheld anzuhören wirkt wirklich erheitend und zeigt, daß den Herrschaften von der freien Couleur das Wachstum der christlichen Gewerkschaften doch wirklich in die Krone geschossen ist. Mit Kreuzendrescherei hat man uns schon oft tot gemacht. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Gerade in der Jetztzeit ist der Zustrom zu den christlichen Gewerkschaften groß, weil die Arbeitererschaft einseht, daß ihnen von der Sozialdemokratie und ihrem Anhängel, deren Gewerkschaften, nicht geholfen werden kann. Die ganze Bewegung hat Kauterott gemacht, das zeigt die große Herbeizugung, die sich in ihrem eigenen Lager abspielt. — Wenn ferner der freie Textilarbeiterverband in den Betrieben in Giesenfirchen nach dem Pechen zu sehen sich berufen fühlt, so möchten wir ihm doch nahe legen, sich mal in den Betrieben, wo er dominierend ist, umzusehen, wo nicht nur keine Wägen gehalten werden, sondern auch teilweise nicht nur 10, sondern 14 Stunden gearbeitet wird, wobei zu verzeichnen ist, daß noch zahlreiche Maschinen stillstehen.

Daß die Versammlung dazu beigetragen hat, Aufklärung unter die Textilarbeitererschaft in Giesenfirchen zu verbreiten, ist uns bekannt, da uns schon verschiedentlich geäußert wurde, wie die Aufklärung ausah und die Arbeitererschaft von Giesenfirchen jetzt recht weiß, daß ihre Interessen am besten gewahrt werden im Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Interesssach. Von den "Geisteskräften" der Sozialisten. Vor einiger Zeit wurde hier eine Gruppe des Deutschen (sozialdemokratischen) Textilarbeiterverbandes gebildet. Die Gründer und Führer dieser Gruppe erblickten nun ihre Hauptaufgabe in der Bekämpfung des christlichen Textilarbeiterverbandes. Weil nämlich unserem Verbande und seiner Arbeiterinteressenvertretung nicht heizukommen ist, werden eben unmaßstäbliche Waffen in diesem Kampfe benutzt. Dämliche Mäpchen, taugend für die Kinderstube, müssen herhalten, um die "Gloria" des sozialdemokratischen Verbandes gegenüber

unserem Verbande herauszustreichen. Heillos aber ist die Wut darüber, daß es in Unterschbach noch Leute gibt, die den Worten der sozialdemokratischen Agitatoren über die von ihnen bezugslose religiöse und politische "Neutralität" des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, keinen Glauben schenken wollen. Das ist den Agitatoren äußerst unangenehm und der von ihnen vertretenen Sache gefährlich. Weil sie aber nun genau wissen, daß sie bei diesen und allen denkenden Leuten mit ihren Redensarten nicht durchkommen, weichen sie auch hier der sachlichen Auseinandersetzung aus und ziehen die ihnen vertrauten Schimpfregister. Auf Grund der in den letzten Versammlungen des sozialdemokratischen Verbandes unserem Verbande gegenüber gehandhabten nichtswürdigen Kampfesweise, hatten wir für Sonntag, den 20. Juni, eine öffentliche Textilarbeiterversammlung einberufen. Wir waren der Auffassung, daß die Führer des sozialdemokratischen Verbandes, besonders Herr Schmidt aus Köln, diese Gelegenheit sich nicht entgehen lassen würde, um den von ihnen in ihren Versammlungen aufgestellten Behauptungen, auch vor einer größeren Öffentlichkeit, zu vertreten und zu beweisen. In dieser Auffassung haben wir uns getäuscht und sind wir zu einer Annahme berechtigt, daß es den Genossenführern nur darauf ankommt, unwahre Behauptungen aufzustellen, in der Voraussetzung, daß davon bei weniger nachdenklichen und weniger urteilsfähigen Menschen schon etwas hängen bleibt. Der Referent, Kollege Kehrman-Barmen, widerlegte an Hand von Tatsachematerial die aufgestellten gegnerischen Behauptungen und führte diese auf ihren tatsächlichen Wert zurück. Die Behauptungen des Herrn Schmidt aus Köln, Beamter des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, daß unser Verband zwölf Beamte anstelle, diesen im Gegensatz zum sozialdemokratischen Verbande zu hohe Gehälter und Spezen zahle, wodurch die ganzen Beiträge der Mitglieder verbraucht würden, bezeichnet der Referent als das allererbärmlichste, was er bisher in seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit erlebt habe. Damit habe Herr Schmidt seine Geistesveranlagung und schäbige Kampfesweise selbst enthüllt. Sachlich wäre dazu zu bemerken, daß bei den Beamten unseres Verbandes die Gehälter und Spezen sich nicht mit den Beamten des sozialdemokratischen Verbandes messen könnten. Uebrigens solle Schmidt in seinem U.S.V.-Verbande nur danach sehen, daß dort die Beiträge der Mitglieder auch für wirklich gewerkschaftliche Zwecke ausgegeben würden, dann bleibt ihm nicht soviel Zeit, um sich um die Gehälter und Spezen unserer Beamten zu kümmern. Dieses zu bestimmen müsse er schon den dafür berufenen Instanzen unseres Verbandes überlassen. Ähnlich so verhält es sich mit dem Märchen, wenn sich Arbeiter im sozialdemokratischen Verbande organisierten, würden sie M. 1.— Lohn mehr erhalten. Diese Behauptung, wohl für die Kinderstube berechnet, ist so lächerlich und mit den bisherigen Daten des sozialdemokratischen Verbandes so in Widerspruch stehend, daß es sich nicht lohnt, darauf einzugehen. Einen richtigen Schwabenstreich aber haben sich die führenden Geister des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes damit geleistet, daß sie von einem kath. Priester, dem Herrn Rektor Lauscher, verlangen, er solle auch für den sozialdemokratischen Verband agitieren oder aber sein Eintreten für unseren Verband unterlassen. Soll man so etwas für möglich halten? Also ein kath. Priester soll für den sozialdemokratischen, christentumsfeindlichen Textilarbeiterverband eintreten? Ist das nicht Berrücktheit? Zum mindesten aber als Ausfluß des überspannten sozialdemokratischen Erdbewußtseins zu bezeichnen. Nur so weiter, desto eher werden die Arbeiter und Arbeiterinnen in Unterschbach einsehen, wo ihr Platz ist.

Besondere Bekanntmachungen.

An alle Ortsgruppenvorstände!

Die Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit ist für unsern Verband wie auch für alle Mitglieder desselben, besonders in dieser Krisenzeit, von der allergrößten Bedeutung. Darum verjäume es keine Ortsgruppe, allmonatlich die vorgeordnete Berichtskarte über Arbeitslosigkeit auszufüllen und an die Verbandszentrale einzusenden.

Bei dieser Gelegenheit erinnern wir nochmals daran, daß zufolge einer Mitteilung des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung die Berichtskarten von den Ortsgruppen frankiert werden müssen. Wir bitten die Ortsgruppen dringend, das zu beachten, damit dem Verbande nicht durch Strafporto unnötige Kosten erwachsen.

Versammlungskalender.

- Barmen. 31. Juli, 6 Uhr, im Gefellenhaus, Gewerbeschulstraße 31, wichtige Versammlung.
- Greiz (S.). 31. Juli, 8 Uhr, im Lokale "Felsenkeller", Mitgliederversammlung.
- Bezirk Greiz (S.). August, 7 Uhr, gemeinsamer Ausflug aller Ortsgruppen nach Gasthof "Erlmühle".
- Mülten-St. Jacob. 6. August, 8 Uhr, im Lokale "Deutsches Haus", Mitgliederversammlung.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Ein Wirtschaftsparlament. — Vom Artikelschreiber für unser Verbandsorgan. — Der Streik in der Norddeutschen Wollkammerei und Kammgarnspinnerei in Delmenhorst. — Neuregelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn. — Feuilleton: Die Frau im Erwerbsleben. — Allgemeine Rundschau: Eine christliche Internationale für das graphische Gewerbe. — Aus unserer Industrie: Die Baumwollindustrie auf dem Kontinent. — Aus unserer Bewegung: Rheinpfalz (Bezirk Aachen). — Aus dem Sekretariatsbezirk Zittau. — Berichte aus den Ortsgruppen: Brünnlingen, Giesenfirchen, Unterschbach. — Besondere Bekanntmachungen. — Versammlungskalender.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Gery Müller, Düsseldorf 56, Konradstraße 7.